

## Politik

SVP-Nationalrat **Felix Müri** und seine Parteikollegin **Yvette Estermann** waren Ende April bei der Ortspartei Wauwil LU geladen, um zu referieren. Estermann hatte als Ärztin laut der Einladung über «Hausarzt-Medizin» zu reden, nicht aber über die «Grippe». Über die verschiedenen Formen der Influenza sprach Unternehmer Müri. Schliesslich habe er vor Auftritten oft Lampenfieber, was ihn gleich auch zum Grippefachmann mache, scherzt Müri auf Anfrage.

Die Liste der twitternden Parlamentarier ist lang, diejenige von Politikern, die geistreich «zwitchern», einiges kürzer. Schon mit so manchem Tweet hat sich der CVP-Nationalrat **Stefan Müller-Altermatt** für die Aufnahme in die kleine Liste empfohlen. Jüngstes Beispiel ist sein Beitrag zur ÖV-Diskussion: «1. Klagen über zu wenig Platz, 2. deshalb Angebotserweiterung, 3. deshalb Preisaufschlag, 4. deshalb Klagen» – Hashtag: «chaschmawehawosch».

Bei manchen Preisverleihungen kann man sich nicht über einen Mangel an Kandidaten beklagen. Dazu gehört der «Rostige Paragraph», der

sich jährlich der Regulierungswut im Land widmet. Zu den diesjährigen Kandidaten gehören das Kostümverbot an einer Kinderfasnacht, ein städtischer Velozähler in Luzern, das geforderte Obligatorium für vegane Menüs in Kantinen, die Idee eines Verkaufsverbots für nicht einheimischen Alkohol in Lausanne

sowie ein staatlich geregelter Hundespaziergang in Zug. Hinter der Idee steht die IG Freiheit und ihr Präsident, der Zürcher SVP-Nationalrat **Gregor A. Rutz** (Foto). Interessierte können mitstimmen: Das Onlinevoting für den «Rostigen Paragraphen 2014» beginnt heute. Allerdings sind nicht alle IG-Mitglieder vor Regulierungslust gefeit: Vorstandsmitglied und CVP-Nationalrat **Alois Gmür** etwa wollte per Vorstoss auf alle Getränkeflaschen und Getränkedosen ein Pfand erheben.

Am Dienstag schoss der «Blick» scharf gegen den Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) und seine Präsidentin **Evi Allemann** (Foto). Der Vorwurf an die Berner SP-Nationalrätin: Sie wusste auf Anfrage nicht, wie viel das von einer

Drittfirma beschäftigte Putzpersonal verdient, das die VCS-Räume reinigt. Die Organisation könne den von links geforderten Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde nicht garantieren, resümierte das Boulevardblatt. Co-Politichef **Joël Widmer** nannte im Kommentar dazu die VCS-Spitze um Allemann «naive linke Politiker», die in ihrer Führungsrolle «versagt» hätten. Dass bei Allemanns Verein alles in Ordnung ist – der niedrigste Stundenlohn beim Putzpersonal beträgt 22.20 Franken –, hat der «Blick» gestern zwar nachgereicht. Eine pikante Note von Widmers Schelte wurde aber verschwiegen: Seine Frau, die grüne Berner Nationalrätin **Aline Trede**, hatte sich vor einem Jahr für das VCS-Präsidium beworben – und unterlag in der Kampfwahl einer gewissen Evi Allemann.



# «Er hat sich richtig verhalten»

## Schwedens Aussenminister schaltet sich in die Grippe-Debatte ein. Er lobt seinen Botschafter in Bern: Dieser habe der Schweiz zu einem besseren Angebot verholphen

Reza Rafi

**Bern/Stockholm** Die Enthüllungen von vergangener Woche haben das Zeug zur Staatsaffäre: Per Thöresson, der schwedische Botschafter in Bern, hatte in Depeschen nach Stockholm von seinem erfolgreichen Lobbying im Bundeshaus für den Grippe berichtet. Die Dokumente drangen nur drei Wochen vor der Abstimmung über den Kampfjet an die Öffentlichkeit. Die namentlich genannten Parlamentarier, die Thöresson eingeseift haben will – allen voran FDP-Präsident Philipp Müller und SVP-Nationalrat Thomas Hurter, aber auch Verteidigungsminister Ueli Maurer –, kritisierten den Diplomaten daraufhin harsch.

Nun schaltet sich Thöressons Vorgesetzter, der Schwedische Aussenminister Carl Bildt, ein. Er bezieht zu den Vorwürfen gegen seinen Mitarbeiter ausführlich Stellung – und nimmt diesen demonstrativ in Schutz.

«Natürlich!», antwortet er auf die Frage der SonntagsZeitung, ob das Vorgehen seines Vertreters in der Eidgenossenschaft legitim gewesen sei. «Es ist eine der Hauptaufgaben unserer Botschaften, die heimische Industrie zu fördern. Ich bin sicher, dass das auch zum Aufgabenbereich der Schweizer Botschaften gehört.» Im Grippe-Geschäft sei diese Notwendigkeit sogar noch offensichtlicher: «Wir haben es hier mit einem Beschaffungsverfahren zwischen zwei Regierungen zu tun. Das heisst, dass sich die beiden Staaten einig werden und am Ende einen Vertrag unterzeichnen müssen.»

Während der ganzen Verhandlungsphase sei das Jahr 2013 am intensivsten gewesen. Nicht nur Regierungstellen seien beteiligt gewesen, sondern auch das Schweizer Parlament, das an die schwedische Seite zahlreiche Anforderungen gestellt und Klärungen verlangt habe. «Selbstverständlich ist unsere Botschaft in Bern zur Anlaufstelle für Fragen geworden, die nur die schwedische Seite beantworten kann», so Bildt. Ein Beispiel seien die Bestimmungen in dem Ver-



Verteidigt seinen Botschafter: Schwedens Aussenminister Carl Bildt Foto: Scanpix

trag zwischen der schwedischen Regierung und Saab in Bezug auf Garantien und Sanktionen gewesen, zu denen einige Schweizer Parlamentarier Einsicht forderten.

Der ehemalige schwedische Ministerpräsident, derzeit einer der profiliertesten europäischen Politiker, geht sogar noch weiter. Für ihn steht fest, dass die Schweiz von Thöressons Agieren profitiert hätte: «Nach meinem Verständnis haben die Schweizer dank

der Kontakte unseres Botschafters und seiner Berichterstattung nach Stockholm ein noch besseres Angebot bekommen.» Sein Diplomat habe sich «absolut richtig» verhalten, sagt Bildt weiter. «Ein Vertrag dieser Grössenordnung erfordert enge Kontakte zwischen unseren jeweiligen Regierungen. Im Übrigen erhielt der Botschafter auch eine Menge Fragen von Schweizer Parlamentariern, und natürlich ist es seine Pflicht, ihnen zu

antworten.» Die schwedische Botschaft habe im Abstimmungskampf Informationen über den Grippe zur Verfügung gestellt, «weil die Schweizer Politiker und Bürger sie brauchten und darum gebeten haben».

Zu Thöressons Versetzung nach New York stellt Bildt klar: «Lassen Sie mich das betonen, insbesondere im Lichte der jüngsten Medienberichterstattung: Botschafter Thöressons Umzug nach New York ist schon seit dem letzten Jahr geplant.» Obwohl die Grippe-Leaks in Schweden eine mutmassliche Amtsgeheimnisverletzung sind, forscht die Regierung in Stockholm nicht nach der undichten Stelle. «Wir sind gesetzlich gar nicht dazu befugt, die Quellen von Journalisten zu suchen.» Wenn gegen ein Gesetz verstossen werde, sei es eine Angelegenheit der Justiz, hier angemessen zu handeln.

### Bildt stellt langfristige industrielle Zusammenarbeit in Aussicht

Eine Ablehnung des Schweizer Stimmvolks am 18. Mai zum Grippe würde die schwedische Regierung selbstverständlich akzeptieren und respektieren. «Aber natürlich wären wir bei einem Nein enttäuscht.» Man sei eine strategische Partnerschaft mit der Schweiz in Bezug auf Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit eingegangen. «Das wird sich fortsetzen, aber vielleicht nicht so tief und intensiv, wie es mit einem Grippegeschäft wäre.»

Ein Ja am 18. Mai würde die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder über den Vertrag hinaus intensivieren. Bildt: «Laut Vertrag ist Saab verpflichtet, industrielle Zusammenarbeit auf den Wert von mindestens 2,2 Milliarden Franken zu liefern. Abgesehen von dieser Verpflichtung ist das Ziel eine langfristige Partnerschaft zwischen der schwedischen und der Schweizer Industrie.» Sowohl bilateral als auch in verschiedenen zwischenstaatlichen und internationalen Unternehmen arbeite man schon gut miteinander. «Es ist daher kein Wunder, dass wir immer verwechselt werden!»

Interview mit Ueli Maurer — 10

## Bericht kritisiert das EDA scharf

### Das Aussendepartement soll Mittel zweckentfremdet und Steuergelder verschleudert haben

**Bern** Im Aussendepartement (EDA) kam es schon einmal bei einem millionenteuren IT-Projekt zu Unregelmässigkeiten. Ein amtsinterner Report rügt, das EDA sei mit Steuergeld leichtfertig umgegangen und hätte Mittel zweckentfremdet.

Dabei wollten die Diplomaten des Bundes nur Gutes tun: Im Jahr 2007, noch unter der Leitung von Micheline Calmy-Rey, gründeten sie die Congenium Foundation (lateinisch für schlauer Einfall). Die Stiftung hatte den Zweck, teure, von der Schweiz entwickelte Software an ärmere Staaten zu verschenken. Diese IT-Lösungen sollten den beschenkten Regierungen bei der Abwicklung der UNO-Bürokratie helfen. Mit an Bord war auch Alexandre Fasel, der heutige UNO-Botschafter der Schweiz in Genf. Über eine Viertelmillion Franken Steuergelder kostete die Einrichtung der Stiftung. Das Problem: Niemand interessierte sich für die Schweizer Software. «Es kam nie zu einem konkreten Ersuchen an die Stiftung, die Einführung dieser Instrumente vorzunehmen», räumt das EDA ein. Dies, obwohl die Entwicklung der

Software über eine Million Franken gekostet hatte.

Mit den Hunderttausenden, die das EDA für Hilfe am falschen Ort in den Sand setzte, endet die Geschichte jedoch nicht. Nachdem 2009 eine Untersuchung des Projekts eingeleitet worden war, stiess die EDA-interne Revisionsstelle auch auf einen unglücklichen Umgang des Aussendepartements mit Bundesgeldern. Dies geht aus einem Revisionsbericht hervor, den die SonntagsZeitung, gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz, anforderte.

### Regelmässig brach das «Dezember-Fieber» aus

Die Überweisung von 50000 Franken Stiftungskapital sei unzulässig gewesen, urteilt die Prüfstelle etwa. Die 258 377 Franken, die an die Congenium Foundation flossen, seien unsorgfältig vergeben worden, heisst es an anderer Stelle. Laut Bericht brach im Aussendepartement regelmässig das sogenannte Dezember-Fieber aus: 90 Prozent der Gelder wurden Ende Jahr ausbezahlt, ohne Nachweis eines Finanzierungsbedarfs – wohl auch, um das Budget aufzubrechen.

Auch die Beschaffung der Software wird kritisiert: Bei der Vergabe der Aufträge sei kein Wettbewerb zu erkennen gewesen. Den Revisoren fiel auf, dass immer der gleiche externe IT-Spezialist als Auftragsleiter in Erscheinung trat und dieser bei der Auftragsvergabe zwischen nur zwei Firmen abwechselte. Oft hätten Vergaben um 50000 Franken stattgefunden, bei denen die Erhebung einer Konkurrenzofferte entfällt.

Die mit dem Aussendepartement gut vernetzten IT-Lieferanten durften schliesslich auch Einsitz in eine Firma nehmen, welche für die technische Umsetzung der Stiftungsidee gegründet wurde. 11000 Franken Steuergelder für die Firmengründung mussten in die Bundeskasse zurückbezahlt werden, nachdem die Revisoren festgestellt hatten, dass diese Mittel zweckentfremdet worden waren.

Laut einem Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle, den der «TagesAnzeiger» gestern publik machte, hat das Aussendepartement auch andere grössere Aufträge gestückelt und widerrechtlich unter der Hand vergeben.

Martin Stoll